

AKTIV

Petition: Gentechnikfreie Nahrung

Überzeugen Sie die EU-Kommission davon, dass Ihre Gesundheit und der Schutz der Umwelt Vorrang vor den kommerziellen Interessen der Agrokonzerne hat. Unterstützen Sie Umweltkommissar Dimas gemeinsam mit Menschen aus ganz Europa und schicken Sie diesen Brief an José Manuel Barroso (Präsident der EU-Kommission), Stavros Dimas (Umwelt), Mariann Fischer Boel (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung), Markos Kyprianou (Gesundheit) und an den deutschen Industriekommissar Verheugen. Mehr und ein Online-formular an die EU- Kommission unter <http://de.einkaufsnetz.org/gentechnik/26875.html>

**Luxemburger Appell:
Fuer ein internationales Verbot von Quecksilber in Dentalamalgam**

Am 10. November 2007 trafen sich in Luxemburg, auf Einladung von „Aktionsgruppe für Umwelttoxikologie (AKUT asbl) Luxemburg“ und der „European Academy for Environmental Medicine (EUROPAEM)“ unter der Schirmherrschaft des Luxemburger Gesundheitsministeriums namhafte Wissenschaftler, Forscher, Umweltmediziner, Ärzte und Zahnärzte sowie Vertreter von Politik und NGOs und Patientenorganisationen, um auf die erheblichen Gesundheits- und Umweltrisiken von Quecksilber in Dentalamalgam aufmerksam zu machen. Im Anschluss an diese internationale Konferenz veröffentlichten sie einmütig den folgenden eindringlichen Appell an die Adresse der Europäischen Kommission, des Europaparlamentes und an die Adresse aller nationalen Gesundheitsbehörden innerhalb und außerhalb Europas, um schnellstmöglich ein Verbot von Quecksilber in Dentalmaterial zu verfügen. Mehr unter http://www.akut.lu/Luxembourg_Appeal/Deutsch%20Luxemburg%20Appeal.pdf Online-Formular (in drei Sprachen) unter <http://www.akut.lu/appeal.htm>

=====

CHEMIKALIEN - CHLOR

21.09.2007

Chlor macht krank

Epidemiologische Studien, Tierversuche, experimentelle Laborstudien und theoretische Untersuchungen zum Struktur-Wirkungs-Mechanismus bei Chlororganika haben eine Fülle von Indizien und Belegen dafür erbracht, daß die Gruppe der chlororganischen Stoffe ein hohes gesundheitsgefahrdendes und oekotoxikologisches Potential mit sich bringt. Dies haengt u. a. mit den strukturchemischen Auswirkungen der Einführung von Chlor in organische Molekuele zusammen. Einige Chlororganika sind direkt gentoxisch, andere agieren als sog. Krebspromotoren... Es gibt jedoch auch Chlororganika, die sowohl gentoxisch als auch tumorpromovierend sind ...

<http://oekorecherche.de/deutsch/berichte/zusammenfassungen/zuChlor.html> (Greenpeace-Papier)

=====

CHEMIKALIEN - CHROM

06.10.07

Reizende Lederkluft - Jedes zweite Kleidungsstück aus Leder ist mit Allergien verursachendem Chrom belastet

Baierbrunn (ots) - In mehr als der Hälfte von rund 850 untersuchten Lederproben fand das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) Chrom VI. Dieser Stoff kann beim Gerben entstehen und Allergien auslösen, berichtet die "Apotheken Umschau". Laut Professor Andreas Hensel, Präsident des BfR reagieren mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland empfindlich auf dieses Chrom. Bei ihnen können solche Kleidungsstücke allergische Reaktionen wie Kontaktekzeme hervorrufen, wenn sie mit der Haut in Berührung kommen.
Diese Meldung ist nur mit Quellenangabe zur Veröffentlichung frei
Die "Apotheken Umschau" 10/2007 A liegt in den meisten Apotheken aus und wird ohne Zuzahlung zur Gesundheitsberatung an Kunden abgegeben.
Mehr Presstexte auch online: www.GesundheitPro.de Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/52678>

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

10.10.2007

EU-Parlamentarier wollen schärfere Vorgaben bei Feinstaub

Brüssel – Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat sich mit großer Mehrheit für eine Verschärfung der Vorschriften gegen den gefährlichen Feinstaub in der Luft ausgesprochen. Mehr unter <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=23956>

23.10.2007

Bundestag: Maßnahmen zur Bekämpfung des Feinstaubaufkommens

Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/AS) Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, wonach Bürger bei Feinstaubbelastung gegen ihre Kommune klagen können, möchte die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (16/6675 <http://dip.bundestag.de/btd/16/066/1606675.pdf>) wissen, ob und wenn ja, welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Feinstaubaufkommens von Seiten des Bundes ergriffen werden. Gleichzeitig fragt die FDP, in welchen Kommunen die Feinstaubbelastung an mehr als 35 Tagen überschritten wurde und welche dieser Kommunen bereits entsprechende Aktionspläne entwickelt haben.

27.09.07

Wende im Feinstaubstreit

Leipzig/Berlin (ots) - Bundesverwaltungsgericht bestätigt erstmals höchstichterlich einklagbares "Recht auf saubere Luft" - Betroffene Bürger können nun in bis zu 70 Städten wirksame Maßnahmen bis hin zu Fahrverboten für ungefilterte Dieselstinker kurzfristig einklagen - Deutsche Umwelthilfe kündigt weitere Musterklagen an, wo Kommunen nicht unverzüglich handeln

Leipzig/Berlin, 27. September 2007: Von hohen Feinstaubbelastungen betroffene Bürger haben in Deutschland ein vor Gericht einklagbares subjektives "Recht auf saubere Luft". Betroffene können ihre Stadtverwaltungen seit heute zu Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität (bis hin zu umfassenden Fahrverboten für Dieselstinker) zwingen, wenn Aktionspläne der jeweiligen Bundesländer zur Eindämmung des Feinstaubrisikos noch nicht in Kraft getreten sind. Das entschied heute das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in letzter Instanz.

Die Bundesrichter stellten außerdem klar, dass als "verhältnismäßige Maßnahme" gegen die Feinstaubbelastung insbesondere Verkehrsbeschränkungen wie Durchfahrtsverbote für besonders stark Dieselruß emittierende Fahrzeuge und die Einrichtung wirksamer Umweltzonen in Betracht kommen. "Der heutige Spruch des Bundesverwaltungsgerichts ist ein Durchbruch im Kampf gegen das Feinstaubproblem. Viele hunderttausend vom Dieselruß betroffene Bürger in den Ballungszentren können bald aufatmen", kommentierte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch den Richterspruch. "Die DUH wird aufbauend auf dieser Grundsatzentscheidung nun in ausgewählten Kommunen Eilverfahren zur Durchsetzung wirksamer Verkehrslenkungsmaßnahmen initiieren. In etwa 70 Städten und Ballungsräumen stehen Verkehrssperrungen für ungefilterte Diesel-Pkw und Nutzfahrzeuge bevor - und zwar binnen weniger Monate, durchgesetzt von den unter der Luftverschmutzung leidenden Anwohnern." Der Entscheidung der Leipziger Bundesrichter lag eine Klage des Münchner Bürgers Dieter Janecek zugrunde, der sich mit Unterstützung der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH) seit mehr als zwei Jahren

gegen die massive Überschreitung der EU-weit gültigen Feinstaubgrenzwerte in seiner Wohnstraße, der Landshuter Allee, wehrt. Das Gericht entschied, dass der Kläger von der Stadt München - unabhängig davon, ob und wann die bayerische Staatsregierung mit lang- und mittelfristig wirkenden Aktionsplänen eingreift - zu Recht so genannte planunabhängige Maßnahmen verlangt.

"Dieses Urteil macht tausenden Anwohnern der Münchner Hauptverkehrsadern und darüber hinaus große Hoffnung", erklärte Janecek unmittelbar nach Verkündung des Beschlusses in Leipzig. "Die Betroffenen können es sich überwiegend nicht leisten, aus den hoch belasteten Zonen wegzuziehen und haben nun einen von höchsten Richtern bestätigten Anspruch darauf, dass die Landeshauptstadt München und der Freistaat kurzfristig ein Lkw-Durchfahrtsverbot verhängen muss und die Einrichtung einer effektiven und ehrlichen Umweltzone beschleunigt wird".

DUH-Anwalt Remo Klinger: "Jetzt setzt sich durch, was wir schon immer gesagt haben: Es gibt ein Recht auf saubere Luft. Und es kann von jedem Betroffenen eingeklagt werden. Die Städte müssen nun unverzüglich gegen die teilweise massiven Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub vorgehen."

Die Landshuter Allee in München zählt nach den Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes zu den bundesweit am stärksten belasteten Straßen. Feinstaub gilt als das derzeit schwerwiegendste Luftreinhalteproblem in Deutschland und geht entlang der am höchsten belasteten Hauptverkehrsadern vor allem auf die Emissionen von Pkw- und Lkw-Dieselmotoren zurück. Die DUH unterstützte deshalb seit 2005 in insgesamt fünf Großstädten betroffene Bürger bei ihren Klagen gegen die Feinstaubbelastung. Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation WHO hatten ergeben, dass in Deutschland insgesamt 75.000 Menschen vorzeitig an der Feinstaubbelastung sterben. Im Durchschnitt verlieren die Opfer zehn Jahre ihrer Lebenszeit.

Originaltext: Deutsche Umwelthilfe e.V. www.duh.de

Feinstaub, ein Problem, das uns alle angeht

Informationen vom PM10-Kampagnenteam des VCS unter <http://www.pm10.ch/>

=====

CHEMIKALIEN in INNENRAEUMEN

15.10.07

Verbotene Gifte leben lange - Längst abgeschaffte Schadstoffe wabern noch durch deutsche Wohnstuben

Baierbrunn (ots) - Umweltgifte, die zum Teil schon seit einem viertel Jahrhundert verboten sind, überdauern vor allem in älteren Häusern hartnäckig bis heute. Das Umweltbundesamt und das Robert-Koch-Institut fanden auf der Suche nach bekannten Schadstoffen bei knapp 1800 deutschen Kindern sogar noch Substanzen, denen diese aufgrund ihres jungen Lebens gar nicht hätten begegnen dürfen, berichtet die "Apotheken Umschau". Dazu gehörten etwa das alte, verbotene Schädlingsbekämpfungsmittel DDT ebenso wie sogenannte polychlorierte Biphenyle (PCB). Diese sind wegen ihrer krebserregenden Eigenschaft seit gut 30 Jahren nicht mehr im Gebrauch. Auch Asbest und giftige Holzschutzmittel finden sich bis heute in Wohnräumen. "Die Belastung durch Chemikalien ist in Innenräumen teilweise höher als draußen", bestätigt Patricia Cameron vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Ob und in welchem Umfang sie allerdings auch krank machen, ist bis heute im Einzelfall schwer nachzuweisen. Der "natürliche" Umweltschadstoff Schimmelpilz bildet da mit seinem gesicherten hohen Allergierisiko eine Ausnahme. Regelmäßiges Lüften kann Schimmelbildung verhindern - und senkt auch die Konzentration der anderen unerwünschten Chemikalien in der Raumluft. Andere Atemgifte ließen sich von vornherein vermeiden: zum Beispiel die Bestandteile des Zigarettenrauchs.

Mehr Pressetexte auch online: www.GesundheitPro.de

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Anmerkung Scherrmann: Es ist wichtig, dass diese Thematik auch in der Apotheken Umschau auftaucht. Doch durch die Aussage "Ob und in welchem Umfang sie allerdings auch krank machen, ist bis heute im Einzelfall schwer nachzuweisen." wird das Ganze wieder in meines Erachtens unverantwortlicher Weise relativiert und verharmlost.

12.10.2007

Raumsprays & Reiniger: Raubt frische Luft den Atem? Mehr Sprühmittel, mehr Risiko

Der häufige Gebrauch von Reinigungs- und Luftverbesserungssprays im Haushalt könnte ein bedeutender Risikofaktor für die Entwicklung von Asthma bei Erwachsenen sein: Zu diesem Ergebnis kommt der spanische Wissenschaftler und Leiter einer aktuellen Untersuchung zum Thema, Jan-Paul Zock vom Municipal Institute of Medical Research in Barcelona. Zock und Kollegen haben soeben eine Langzeitstudie zu den potenziellen Gesundheitsrisiken durch Haushaltssprays abgeschlossen.

Es habe sich gezeigt, dass selbst Menschen, die nur etwa einmal pro Woche in Kontakt mit Sprühreinigern und Luftverbesserungssprays kommen, ein höheres Asthma-Risiko haben können, notieren die Wissenschaftler im "American Journal of Respiratory and Critical Care Medicine". Die vorliegende Studie ist ihren Angaben zufolge die erste, die den Effekt derartiger Produkte auf nicht in Reinigungsberufen tätige Menschen unter die Lupe genommen hat.

<http://www.netdoktor.at/nachrichten/?id=118860&date=2007-10-12>

Quelle: American Journal of Respiratory and Critical Care Medicine; www.eurekalert.org

Conclusions: Frequent use of common household cleaning sprays may be an important risk factor for adult asthma.

Kurzdarstellung der Studie "The use of household cleaning sprays and adult asthma" unter

<http://ajrcm.atsjournals.org/cgi/content/abstract/176/8/735?maxtoshow=&HITS=10&hits=10&RESULTFO RMAT=&fulltext=zock&searchid=1&FIRSTINDEX=0&volume=176&issue=8&resourcetype=HWCIT>

=====

CHEMIKALIEN - KOHLENDIOXID

9.10. 2007

San Francisco (ddp). Eine erhöhte Kohlendioxidkonzentration kann bei Gesunden Panikattacken auslösen. Das haben Versuche niederländischer Wissenschaftler ergeben.

Eine mögliche Ursache für krankhafte Panikstörungen könnte daher eine Überempfindlichkeit eines Kohlendioxidensors im Gehirn sein, berichten die Wissenschaftler um Eric Griez von der Universität Maastricht. Die Wissenschaftler haben ihre Ergebnisse in "PLoS ONE (2, e987, 2007) veröffentlicht.

Die Forscher hatten bei ihren Experimenten 64 Versuchspersonen Kohlendioxid in unterschiedlichen Konzentrationen einatmen lassen. Anschließend wurden die Probanden nach typischen Paniksymptomen gefragt. http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=467239.5329./medizin/psychische_erkrankungen

Anmerkungen Scherrmann:

a) Hier zeigt sich deutlich, dass die Panikreaktionen in diesem Falle keine psychische Ursachen hatten

b) Panik kann auch als Reaktion auf andere Chemikalien auftreten.

c) Und es zeigt sich, dass die Reaktion "Panik" durchaus sinnvoll und sogar lebensrettend sein kann, indem der Belastete schnell das Weite sucht.

d) Wann schauen PsychiaterInnen, die Paniksyndrome diagnostizieren, genauer hin, und gehen auch der Frage nach, ob nicht Chemikalien wie Kohlendioxid und/oder andere Neurotoxine die eigentliche Ursache und/oder Auslöser von Panikattacken sind?

Kurzinfo zu Kohlendioxid

<http://www.umweltlexikononline.de/fp/archiv/RUBwerkstoffmaterialsubstanz/Kohlendioxid.php>

Mehr unter : <http://de.wikipedia.org/wiki/Kohlenstoffdioxid> Hier auch Physiologische Wirkungen und Gefahren

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

Von Hiltrud Breyer, MEP 23.10.07

Neue Pestizidgesetzgebung: Sternstunde für Gesundheit- und Verbraucherschutz

Strasbourg, Frankreich und Brüssel (ots/PRNewswire) - Zur heutigen Abstimmung des Europaparlaments in 1. Lesung zur Verordnung für die Pestizid-Zulassung erklärt die Europaabgeordnete und Berichterstatterin des EP-Ausschusses für Umweltschutz, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90 / Die Grünen):

Das Ergebnis der Abstimmung ist ein Meilenstein für den Verbraucher- und Umweltschutz. Das Europaparlament stärkt die Wettbewerbsfähigkeit in Europa, indem Innovationsanreize geschaffen werden. Es ist zu begrüßen, dass die Abgeordneten sich nicht von der Panikmache der Chemie- und Agrarlobby haben anstecken lassen und klar grünes Licht für den Verbraucher- und Gesundheitsschutz geben. Die Blockadestrategie der Industrie ist glücklicherweise ins Leere gelaufen.

Erstmals soll es ein ganz eindeutiges Zulassungsverbot geben, für krebserregende, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Pestizide. Wirkstoffen, die immuno- und neurotoxisch sind und das Hormonsystem negativ beeinflussen wird ebenfalls die Rote Karte gezeigt. Dies ist ein Quantensprung für weniger gefährliche Pestizide und sichere Lebensmittel.

Ebenso gab es einen ersten Durchbruch für mehr Transparenz mit dem Pestizid-Pass. Dieser wird den Wettbewerb des Gross- und Einzelhandels für sichere Pestizide stärken, wovon gerade die Verbraucher profitieren. Dies ist endlich das Ende der Geheimhaltung.

Kleiner Wehrmutstropfen ist, dass das Informationsrecht der Anwohner vor dem Pestizid-Ausbringen zwar im Grundsatz verankert ist, die Entscheidung aber bei den EU-Mitgliedsstaaten liegt.

Das Votum des Europaparlaments schafft eine win-win Situation für alle: für den Gesundheits- und Umweltschutz, die Verbraucherinteressen aber auch für den Wettbewerb. Es stärkt langfristig den Verbraucher- und Wirtschaftsstandort Europa. Die Substitution gefährlicher Pestizide durch ungefährlichere Alternativen fördert die Innovationsfähigkeit in der Chemieindustrie.

Mit der Verordnung zur Zulassung von Pestiziden hat das EU-Parlament heute die überfälligen Verbesserungen zum Schutz der Menschen vor Giftcocktails auf den Weg gebracht. Es bleibt zu hoffen, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten im Rat dieser klaren Verbraucher-Entscheidung nicht entgegenstellen. Die Menschen erwarten von der Europäischen Union, dass sie ihre Gesundheit und die ihrer Kinder sowie die Umwelt vor giftigen Pestiziden schützt. Dem sollte nun auch der Ministerrat Rechnung tragen.

Internet: <http://www.hiltrud-breyer.eu>

Bundestag: 14.11.2007

Schutz vor Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln verstärken

Ernährung und Landwirtschaft/Antrag

Berlin: (hib/HAU) Ein Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (16/6958

<http://dip.bundestag.de/btd/16/069/1606958.pdf>) fordert erhöhte Anstrengungen zur Aufdeckung,

Verfolgung und Rückführung von nicht akzeptablen Belastungen der Lebensmittel mit

Pflanzenschutzmittelrückständen. Aus den jährlichen Berichten der für die Lebensmittelüberwachung

zuständigen Behörden gehe hervor, so die Antragsteller, dass in Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft

regelmäßig Rückstände oberhalb der Grenzwerte festgestellt werden. Um diesen Defiziten effektiver

entgegen zu treten, benötige man eine umfassende Strategie. So müssten Kontrollen verstärkt, aber auch

das bestehende Kontrollsystem kritisch auf Schwachstellen und Regelungslücken untersucht werden.

Ziel müsse es sein, die Überschreitungsraten nicht nur bei einheimischen Agrarprodukten, sondern auch bei Importen aus EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten auf unter ein Prozent zu senken, schreiben die Fraktionen. Außerdem solle die Standardisierung der Kriterien der amtlichen Lebensmittelkontrolle weiter entwickelt werden, um einfacher gerichtsfeste Daten erarbeiten zu können und damit der

Lebensmittelkontrolle mehr Handhabe zu geben, Verstöße zu ahnden. Zu diesem Zwecke müssten staatliche und private Lebensmittelkontrollen besser miteinander verzahnt werden.

Anmerkung Scherrmann: Immerhin mal die Einsicht, dass die staatliche Kontrolle effektiver sein sollte.

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

TVReport Mainz - "Bei Anruf Hirntumor?"

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=2782120/gsm1k7/index.html>

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/355646?inPopup=true>

Risikobeurteilung von Mobilfunkstrahlung

Es steht zu befürchten, dass ein bis heute nicht ausschließbares Gesundheitsrisiko durch Mobilfunk mit dem zunehmenden Einsatz von UMTS deutlich ansteigt. Die Strahlung der 3G-Technologie ist fast zehnmal wirksamer als bei GSM und erhöht entsprechend die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu erkranken. Das geht aus Forschungsergebnissen von Professor Franz Adlkofer, Geschäftsführer und Mitglied des Rats der Stiftung für Verhalten und Umwelt, VerUm, mit Sitz in München, hervor.

Adlkofer untersuchte den Einfluss der Mobilfunkstrahlung auf Kulturen menschlicher Zellen. Der dabei erfolgte Nachweis von DNA-Strangbrüchen lasse an der gentoxischen Wirkung von UMTS-Signalen keinen Zweifel mehr zu. "DNA-Strangbrüche treten bereits bei 1/40 des Grenzwertes auf", sagte Adlkofer de.internet.com.

Problematisch bei der Risikobeurteilung ist nach Angaben des Wissenschaftlers vor allem die lange Latenzzeit bei der Krebsentstehung. Bis zu zwanzig und mehr Jahre könne diese betragen, hieß es. Durch die Langzeitfolgen seien deshalb vor allem Kinder mit ihrer hohen Lebenserwartung gefährdet. ...

"Tabak, Asbest und Röntgenstrahlen sind Beispiele dafür, dass es Jahrzehnte dauern kann, bis die Wissenschaft endgültige Beweise für eine Gesundheitsrisiko vorzulegen vermag", so der Wissenschaftler. "Rechtzeitiges Handeln könnte uns vielleicht eine späte Lektion ersparen."

Mehr unter : <http://de.internet.com/index.php?id=2052318>

Alzheimer-Krankheit durch Magnetfelder im Beruf

Diese Fall-Kontroll-Studie (Z. Davanipour et al. 2007) untersuchte den Zusammenhang zwischen der Alzheimer-Krankheit und der beruflichen Magnetfeld-Exposition. Die Forscher haben die vorhandenen Daten aus Patientenkarteen verwendet, die in acht Diagnose- und Therapiezentren für Demenzerkrankungen gesammelt worden waren. Die Ergebnisse: Höhere Magnetfeldbelastung führt zu einem erhöhten Risiko, die Alzheimer-Krankheit im Rentenalter zu entwickeln.

Den vollständigen Bericht finden Sie in der aktuellen Ausgabe. Bitte bestellen Sie ein kostenloses Probeexemplar. Mehr im Strahlentelex www.strahlentelex.de

Long term effects of microwaves from GSM mobilphones on the rat brain

Jacob Eberhardt, Arne Brun, Gustav Grafstrom, Lars Malmgren, Bertil Persson, Leif G. Salford

Objectives. In a recent study, we found signs of neuronal damage in the rat 28 and 50 days after a 2 hours exposure for GSM microwaves at 900 MHz with SAR < 0.2 W/kg.

The object of the present investigation is to investigate in the rat long term effects on the brain of repeated exposures to GSM mobile phone radiation. For this purpose, the occurrence behavioral changes, leakage of the blood-brain barrier, neuronal damage and signs of premature aging after a one year period of weekly 2 hour exposures to radiation from a GSM mobile phone at different intensities is studied.

Quelle: The Bioelectromagnetics Society 29th Annual Meeting Abstract Collection

<http://bioelectromagnetics.org/doc/bems2007-abstracts.pdf>

23.09 2007

A new entry titled '#804: Just Five Minutes on a Cell Phone Can Trigger Cancer' has been posted to EMFacts Consultancy.

<http://articles.mercola.com/sites/articles/archive/2007/09/22/just-five-minutes-on-a-cell-phone-can-trigger-cancer.aspx>

EU-Agentur vergleicht WLAN-Strahlung mit Asbest

EEA fordert Maßnahmen gegen elektromagnetische Strahlung

London (pte/17.09.2007/06:20) - Die Europäische Umweltagentur (EEA) <http://www.eea.europa.eu> warnt nach der Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Berichts eindringlich vor den Gefahren elektromagnetischer Strahlung, die beispielsweise durch WLAN-Netzwerke oder Mobiltelefone und ihre Masten ausgesendet wird. Diese Strahlung könnte eine Krise auslösen, wie jene, die durch die Entdeckung der Gefahren von Asbest, Nikotin und bleihaltigem Benzin, entstand. Der Bericht wurde von der sogenannten BioInitiative Working Group erstellt, die sich aus renommierten Wissenschaftlern, sowie Gesundheits- und Policy-Experten zusammensetzt, berichtet die Zeitung The Independent. Die BioInitiative Working Group hat festgestellt, dass die Sicherheitsmaßnahmen gegen elektromagnetische Strahlung viel zu nachlässig seien. Zudem kommt ein aktueller britischer Report zu dem Schluss, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass die Verwendung von Mobiltelefonen Krebs auslöst. "Die aktuelle Forschung und die Analysen der Langzeiteffekte der Strahlung von mobiler Telekommunikation zeigen, dass es umsichtig von den Gesundheitsbehörden wäre, Maßnahmen zu treffen um vor allem empfindliche Gruppen wie Kinder weniger stark dieser Strahlung auszusetzen", erklärt Jacqueline McGlade, Executive Director der EEA.

Die EU-Agentur will die EU-Regierungen nun dazu bewegen, vorbeugende Maßnahmen hinsichtlich dieser schnell expandierenden neuen Technologie zu treffen. Die deutsche Regierung rät bereits jetzt davon ab, kabelloses Internet und Mobiltelefone zu nutzen. Durch die schnelle Verbreitung elektromagnetischer Strahlung entstanden derart viele neue Quellen für elektromagnetische Felder, sodass diese nun fast alle bewohnbaren Flächen der Erde überziehen. Das führt dazu, dass wir dieser Strahlung oft und in geballter Form ausgesetzt sind. **Der wissenschaftliche Bericht fordert eine Änderung in der Art, mit der wir solche Technologien akzeptieren, testen und anwenden, um Gesundheitsprobleme globalen Ausmaßes zu verhindern.**

<http://www.pressetext.ch/pte.mc?pte=070917004>

1 500 Mobilfunkantennenrelais wurden abmontiert.

<http://www.nextup.org/pdf/TaiwanInfo1500MobilfunkantennenrelaisWurdenAbmontiertNextUpAnalyseAnfrageWHO.pdf>

=====

GENTECHNIK

11.10.2007 Bundestag

Änderung des EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes

Ernährung und Landwirtschaft/Gesetzentwurf

Berlin: (hib/MIK) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (16/6557 <http://dip.bundestag.de/btd/16/065/1606557.pdf>) zur Änderung des EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes vorgelegt. Damit soll eine spezielle Ermächtigungsgrundlage für Rechtsverordnungen geschaffen werden, die den Verkehr mit Lebensmitteln oder Futtermitteln beschränken, die im Verdacht stehen, ungenehmigte gentechnisch veränderte Organismen zu enthalten.

Stellungnahme des Ökologischen Ärztbundes zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes (GentG) vom 20. Juli 2007

(Stellungnahme via email ueber Scherrmann@safer-world.org)

07.11.07

Neues Gentechnikgesetz gefährdet Wahlfreiheit und Lebensmittelqualität / Umweltverbände und Lebensmittelwirtschaft fordern Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft

Berlin (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), der Ökologische Ärztbund, der Verband Privater Brauereien Deutschland und UnternehmensGrün, der Bundesverband der grünen Wirtschaft, fordern entscheidende Nachbesserungen am neuen Gentechnikgesetz. Es wird dem Parlament am kommenden Freitag zur ersten Lesung vorgelegt.

In einem von 36 Verbänden unterzeichneten Offenen Brief an die Abgeordneten des Bundestages und in einem Manifest, das von zahlreichen Unternehmen unterzeichnet wurde, verlangen sie die Sicherung der gentechnikfreien Lebensmittelwirtschaft. Die gentechnikfreie Saatgutgewinnung und Landwirtschaft müssten geschützt, die Artenvielfalt dürfe nicht beeinträchtigt werden und die Verbraucherpreise dürften durch die Gentechnik nicht steigen. Das Manifest wird mitgetragen von Peter Kowalsky ("Bionade"), Alfred Ritter ("Ritter-Sport"), Joseph Wilhelm ("Rapunzel") und den Gebrüdern Ehrnsperger ("Neumarkter Lammsbräu").

Erforderlich seien eine Strategie, die Kontaminationen durch Gentechnik verhindere sowie eine Haftung, die alle Schadensfälle abdecke. Der Anbau nicht koexistenzfähiger gentechnisch veränderter Organismen (GVO) müsse verboten werden.

"Wir appellieren an die Abgeordneten, die Gewinninteressen eines marginalen Wirtschaftsbereichs nicht über die Interessen der Landwirte und der Verbraucher zu stellen", sagte Hubert Weiger, agrarpolitischer Sprecher des BUND. "Agrarminister Horst Seehofer ignoriert, welche große Bedrohung die Gentechnik für die Artenvielfalt darstellt. Herbizidresistente Pflanzen führen zu einem dramatischen Anstieg beim Spritzmitteleinsatz. Große Mengen an Giften gelangen so in den Boden, die Gewässer und die Nahrungskette."

Für rund 800 deutsche Brauereien, die sich gegen Gentechnik ausgesprochen haben, sagte Roland Demleitner, Geschäftsführer des Verbands Private Brauereien Deutschland: "Gentechnik ist ein Angebot ohne Nachfrage. Für unsere Brauer schließen sich das seit 1516 geltende Reinheitsgebot für Bier und der Einsatz gentechnisch modifizierter Braurohstoffe eindeutig an. Unsere Kunden wollen Qualitätsprodukte ohne Gentechnik."

Angela von Beesten, Vorsitzende des Ökologischen Ärztbundes: "Es gibt keine belastbaren Studien über Wirkungen von GMO auf den Menschen. Fütterungsstudien mit Bt-Mais bei Ratten haben Änderungen im Blutbild und Störungen der Leber- und Nierenfunktion gezeigt. Bei derart die Gesundheit des Menschen tangierenden Fragen gibt es nur eine Antwort: die Anwendung des Vorsorgeprinzips in Gestalt eines Verbots gentechnisch veränderter Lebensmittel."

Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Vorstands des BÖLW:

"Die Politik muss dafür sorgen, dass die Verursacher die GVO-Analysekosten tragen. Es kann nicht sein, dass wegen einiger Weniger, die sich einen Gewinn aus der Gentechnik versprechen, herkömmliche Lebensmittel teurer werden. Nachbarschaftliche Absprachen zur Aussetzung von Schutzmaßnahmen vor gentechnischer Verunreinigung lehnen wir ab, da GVO sonst bald in der gesamten Nahrungskette auftauchen."

Gottfried Härle, Vorstand von UnternehmensGrün, wies darauf hin, dass ein Haftungsschwellenwert von 0,9 Prozent zur Sicherung der gentechnikfreien Produktion und der Wahlfreiheit nicht ausreicht. Ziel müsse es sein, sowohl bei Saatgut als auch für die Haftung einen Grenzwert von 0,1 Prozent festzulegen. Dies sei die Nachweisgrenze, ab der Gentech-Anwender für Schäden zahlen müssten. Anderenfalls seien tausende von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in Gefahr. Härle: "Ein Haftungsschwellenwert von 0,9 Prozent hat mit der wirtschaftlichen Realität nichts zu tun. Kein Abnehmer in Deutschland akzeptiert derartig hoch verunreinigte Ware. Der Landwirt bleibt auf seinem Schaden sitzen. Das ist weder gerecht noch mit dem Verursacherprinzip zu vereinbaren."

Stephanie Töwe, Gentechnikexpertin von Greenpeace: "Frankreich bewertet den Anbau von GVO-Mais als so riskant, dass er gestoppt wurde. Auch die EU-Kommission erkennt mehr und mehr die Gefahren und Risiken der genmanipulierten Organismen. Der Bundestag steht jetzt in der Verantwortung, die Gentechniknovelle zu verschärfen."

Den Offenen Brief finden Sie unter www.keine-gentechnik.de/offenerbrief

Das Manifest zur Sicherung einer gentechnikfreien Lebensmittelwirtschaft finden Sie unter www.unternehmensgruen.de

Originaltext: BUND

Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/7666>

=====

KRANKHEITEN

22.10.2007

Psychische Stärke kann Krebs nicht besiegen

Philadelphia – Wie Patienten emotional auf die Diagnose einer Krebserkrankung reagieren, hat keinerlei Auswirkungen auf die Prognose. Dies zeigt eine Studie in Cancer (2007; doi: 10.1002/cncr.23080), die damit eine auch unter Ärzten weit verbreitete Ansicht widerlegt, nach der die Psyche einen Einfluss auf die Prognose von Krebserkrankungen hat.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=24058>

13.09.2007

Dieselabgase: Akute Auswirkungen auf das Herz

Edinburgh – Das Einatmen von Dieselabgasen verstärkt bei Patienten mit koronarer Herzkrankheit (KHK) die Ischämiezeichen im Belastungs-EKG und erhöht die Gerinnbarkeit des Blutes. Diese Befunde einer randomisierten kontrollierten Studie <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=23628>

Allergien weiter auf dem Vormarsch

Berlin - Im Jahr 2050 wird nach Expertenprognosen die Hälfte der europäischen Bevölkerung unter Allergien leiden. „Mit der ständig wachsenden Zahl der Krankheitsbilder sind Allergien eine große Plage unserer Zeit“, sagte [mehr] <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=23641>

16.02.2004

Bleihaltiges Benzin als Auslöser von Schizophrenie im Verdacht

In einer ersten Studie sind US-Forscher einer Verbindung zwischen bleihaltigem Benzin und Schizophrenie auf der Spur. Demnach verdoppelt sich bei Menschen, die als Ungeborene durch ihre Mutter mit dem Blei in Kontakt gekommen waren, das Risiko, an Schizophrenie zu erkranken. Das berichtete der US- Forscher Ezra Susser von der Columbia Universität in New York am Samstag auf dem Kongress des Wissenschaftsverbandes AAAS in Seattle.

<http://www.facharzt.de/content/red.otx/527,24147,0.html>

5.10.2007

Einfluss von Umweltfaktoren auf die Gesundheit nimmt zu

Bad Hofgastein – Derzeitige EU-Standards zur Verbesserung der Luftqualität reichten nicht aus, um gesundheitsschädliche Einflüsse durch Schadstoffe in der Luft zu verhindern. Dies machte Nino Künzli vom spanischen Forschungszentrum für Umweltepidemiologie auf dem European Health Forum im österreichischen Bad Gastein (EHFG) deutlich. Um gesundheitliche Auswirkungen durch umweltbedingte Einflüsse so gering wie möglich zu halten, müsse das Motto gelten „je geringer die Luftverschmutzung, desto höher der Schutz der öffentlichen Gesundheit.“

Neueste Forschungsergebnisse legten zudem nahe, dass die durch Autoabgase und andere Verbrennungsformen verursachte Luftverschmutzung nicht nur akuten Erkrankungen bedingen, sondern auch eine Rolle bei der Entstehung chronischer Krankheiten spielen, so Künzli. Nicht zu unterschätzen seien zudem die Auswirkungen von umweltbedingten Schadstoffen auf Ungeborene, sagte Philippe Grandjean der Odense Universität Süddänemark.

„Forschungen zeigen, dass die Veranlagung für Erkrankungen wie koronare Herzkrankheiten, Diabetes und Adipositas während der frühesten Entwicklungsphase entstehen“, so Grandjean. Belastungen der werdenden Mutter mit Schadstoffen wie Blei, Quecksilber, polychloriertes Biphenyl oder Arsen könnten zudem zu Hirnschäden beim Fötus führen. Die Neurotoxizität zahlreicher chemischer Substanzen für das frühkindliche Gehirn sei bislang allerdings noch nicht ausreichend untersucht, kritisierte der Wissenschaftler.

Zusätzliche Gesundheitsgefahren entstünden durch den sich abzeichnenden Klimawandel, so Roberto Bertollini, zuständig für Umweltfragen bei der WHO in Genf. Bertollini wies unter anderem darauf hin, dass klimatische Veränderungen die Verbreitung bestimmter Krankheitsüberträger in Europa begünstigt hätten. Dies gelte beispielsweise für Zecken. Die Spinnentiere, die sowohl Borreliose als auch eine spezielle Form der Hirnhautentzündung, übertragen können, haben sich inzwischen von Südeuropa ausgehend bis nach Schweden ausgebreitet.

Auch wären früher ausschließlich in tropischen Breitengraden anzutreffende Stechmückenarten inzwischen in fast allen wärmeren Regionen Europas, vor allem im Mittelmeerraum heimisch. Damit einher ginge die Zunahme bestimmter viraler Infektionen, wie das Dengue-Fieber. Bertollini appellierte deshalb an die Mitgliedstaaten, Frühwarnsysteme zu etablieren und Präventionsstrategien auf die gesundheitlichen Bedrohungen durch den Klimawandel anzupassen. © ps/aerzteblatt.de

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=30044>

=====

NANOTECHNOLOGIE

Dr. Peter Wallner: **Neues aus Liliput. Die Nanotechnologie ist nicht immer risikolos.**

Die Technologie der kleinsten Teilchen gilt wegen ihrer universellen Einsetzbarkeit heute als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, als wirtschaftlicher Wachstumsmarkt und Jobmaschine. Über das gesundheitliche Schadenspotenzial der Anwendung der Mikropartikel herrscht auch unter Experten noch Unklarheit. In der Öffentlichkeit sind die Risiken kaum bekannt. ...

Ärzte Woche, 21. Jahrgang Nr. 18, 2007

<http://www.aerztewoche.at/viewArticlePrintDetails.do;jsessionid=689C90BB36F9550A36F4EBE62DBC41DD?articleId=6023>

Hanns Moshhammer, Peter Wallner: Gesundheitsrisiken durch Nanopartikel? Artikel in der umg (siehe weiter unten unter VEROEFFENTLICHUNGEN) und in Nano, Chancen und Risiken aktueller Technologien. André Gzásó, Sabine Greßler und Fritz Schiemer (Hrsg.) Springer woo7, ISBN 978-3-211-48644-3 (Print) 978-3-211-49303-8 (Online) <http://www.springerlink.com/content/j235hh473tk16884/>

Unterrichtung der Bundesregierung zur Nanotechnologie Drucksache 16/6337
<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606337.pdf>

=====

RADIOAKTIVITAET

Medizinische Strahlenbelastung: Die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte über CT-Diagnostik bei Kindern – Wider die politischen Tabus im Strahlenschutz –

Von Lynn Howard Ehrle, Rosalie Bertell und Inge Schmitz-Feuerhake
Die Computertomographie (CT) ist eine Röntgenuntersuchung mit vergleichsweise hoher Strahlenbelastung. Dieser Artikel befasst sich mit Strahlenfolgen in Hinblick auf CT-Anwendungen bei Kindern. Er beruft sich auf etliche frühere Studien, die in der Strahlenforschung nur selten berücksichtigt werden und gibt eine Abschätzung über die Krebstodesfälle, die aufgrund von 6,5 Millionen pädiatrischer CT-Untersuchungen in den USA zu erwarten sind. Danach erleiden 1,8 Prozent der untersuchten Kinder im späteren Lebensverlauf einen strahlenbedingten Krebstod. Die Autoren setzen bei einem wichtigen gesundheitspolitischen Dokument an, das vom Nationalen Krebsinstitut (National Cancer Institute der USA) gemeinsam mit der Gesellschaft für Pädiatrische Radiologie in den USA veröffentlicht wurde – insbesondere bei ihrer Schlussfolgerung, dass die Dosis bei der Computertomographie ein „Problem der öffentlichen Gesundheitspflege“ darstellt. Die Autoren fordern Diskussionen zwischen den Landesorganisationen der Radiologie und gemeinnützigen Gesundheitsorganisationen mit dem Ziel, die CT-Anwendungen wesentlich zu reduzieren.

Den vollständigen Text dieser Studie finden Sie in der aktuellen Ausgabe vom Strahlentelex. Mehr wie Sie das Heft bestellen koennen unter <http://www.strahlentelex.de/aktuell.htm>

Die Protokolle und Vorlagen der Leukämieanhörung des Sozialausschusses des Niedersächsischen Landtages vom 11. und 12. April 2007 in Hannover können hier als pdf-Dateien abgerufen werden. http://www.strahlentelex.de/Leukaemie-Anhoerung_2007.htm

Depleted Uranium: a New Environmental Radiotoxicological Pollutant.

Erscheinungstag: 09.12.2005

Brand RA, Schnug E: Depleted Uranium: a New Environmental Radiotoxicological Pollutant.

Landbauforschung Völkensrode 55(4), 211-218.

Über http://www.fal.de/cin_044/nn_787874/SharedDocs/01_PB/DE/Downloads/LBF/2005/downloads-pb1888.html

Download (167 KB/pdf) unter

http://www.fal.de/cin_044/nn_787874/SharedDocs/01_PB/DE/Downloads/LBF/2005/downloads-pb1888.templateld=raw,property=publicationFile.pdf/downloads-pb1888.pdf

=====

PREISE

Unter dem Motto „Demokratie wagen- Zivilcourage zeigen“ erhaelt Dr. Peter Binz am 17. Nov. 2007 in 37619 Bodenwerder "für seinen widerständigen Einsatz zugunsten vergifteter Umwelt-Opfer" den Preis für Zivilcourage von der Solbach-Freise-Stiftung für Zivilcourage

Verleihung des Alternativen Nobelpreises an Luise und Percy Schmeiser (Kanada).

Percy and Louise Schmeiser (Kanada) haben die Welt auf die Gefahren für die Landwirtschaft und die Artenvielfalt aufmerksam gemacht, die von der zunehmenden Marktdominanz und dem aggressiven Marketing von Firmen ausgeht, die Saatgut gentechnisch manipulieren. Die Jury würdigt die Schmeisers "für ihren Mut bei der Verteidigung der Artenvielfalt und der Rechte der Bauern, and dafür, dass sie die derzeitige ökologisch und moralisch perverse Auslegung des Patentrechts in Frage stellen".

Der Mut und das Durchhaltevermögen des Ehepaares Schmeiser ist beispielhaft. Sie haben sich seit vielen Jahren nicht einschüchtern lassen durch die Machenschaften von Monsanto, sich nicht den Patentansprüchen gebeugt. Obwohl sie durch Auskreuzung von gentechnisch verändertem Raps ihr Lebenswerk, die eigene Rapszucht verloren haben und ihre Existenz bedroht war, sind sie nicht müde geworden, in etlichen Ländern der Welt über die Gefahren der Abhängigkeit von der Gentechnikindustrie aufzuklären.

Mehr unter <http://www.rightlivelihood.org/schmeiser.html> (in Englisch) und auf deutsch im Artikel von Fabian von Beesten "David gegen Goliath" aus dem Buch "Den Schatz bewahren - Plädoyer für die gentechnikfreie Landwirtschaft".

Mehr unter <http://www.sambucus.org/>

(Den Artikel koennen Sie auch per email ueber Scherrmann@safer-world.org bekommen)

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft
20. Jahrgang, Ausgabe 3/2007, S. 165-256

Schwerpunkt: Kinder-Umwelt-Gesundheit: Aktuelle Herausforderungen

Inhalt u .a.:

Peter van den Hazel, Moniek Zuurbier, Marie-Lpaise Bistrup, Kanna Koppe, Erik Petersen: **Moderne Epidemien in der Pädiatrie und ihre möglichen Zusammenhänge mit Umweltbelastungen**

H,-Peter Neitzke, Julia Osterhoff: **Erhöhte Mobilfunkrisiken für Kinder im Vergleich zu Erwachsenen**

Innenraum: Josef Spritztendorfer: **„Gesünderes“ Bauen: Wohngesundheit als wesentliches „Zukunftsf - Thema“ im modernen Hausbau**

Toxikologie: Hanns Moshhammer, Peter Wallner: **Gesundheitsrisiken durch Nanopartikel?**

Lennart Hardell, Martin J. Walker, Bo Walhjalt, Lee S. Friedmann, Elihu D. Richter: **Heimliche Verbindungen zur Industrie und Interessenkonflikte in der Krebsforschung**

Klima: Walter Sonning: **Wetter und Gesundheit: Die Suche der Medizinmeteorologie nach dem biotropen Wetterfaktor**

Recht : Wilhelm Krahn-Zembo: **Rechtsprechung und Rechtsentwicklung**

Editorial: Andreas Troge: **Kind – Umwelt – Gesundheit**

Rainer Frentzle-Beyme: **Gesundheitsschädliche Effekte des Mobilfunks**

umwelt-medizin-gesellschaft

Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S.

Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen
Tel.: 0421/498 42 51, E-Mail: info@umg-verlag.de Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

Amtliche Daten über Arzneimittel öffentlich zugänglich über PharmNet.Bund.de

Arzneimitteldaten zentral und transparent: Die Arzneimittel-Zulassungsbehörden im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) erweitern den öffentlichen Zugriff auf Arzneimittelinformationen: Jetzt sind amtliche Daten über das Arzneimittel-Informationssystem auf PharmNet.Bund.de frei zugänglich.

http://www.dimdi.de/dynamic/de/amg/aktuelles/news_0220.html

**Dauderer: Klinische Toxikologie und
Dauderer: Handbuch der Umweltgifte Ausgabe 6/2006**

<http://www.toxcenter.de/klin-tox/>

<http://www.toxcenter.de/klin-tox/klin-tox.index.html>

=====
KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

12.11.2007/12:00

Haftungsrisiken durch Umweltschäden von Unternehmen vernachlässigt

Köln (pts/) - Repräsentative Studie zeigt: Neues Umweltschadengesetz (USchadG) bei der Mehrheit kleiner und mittlerer Unternehmen unbekannt

Am 14. November 2007 tritt das Umweltschadengesetz (USchadG) in Kraft. Dann haften Unternehmen für Umweltschäden, die sie nach dem 30. April 2007 verursacht haben. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind auf die damit verbundenen Haftungsrisiken nur unzureichend vorbereitet. 57 Prozent der KMU-Verantwortlichen haben noch nie von dem Gesetz gehört, obwohl es bereits im April 2007 verabschiedet wurde. Lediglich drei Prozent haben sich bereits intensiv mit dem Inhalt des Umweltschadengesetzes auseinandergesetzt, weitere zwölf Prozent haben sich immerhin oberflächlich mit möglichen Konsequenzen beschäftigt. Das sind wesentliche Ergebnisse einer repräsentativen Befragung kleinerer und mittlerer Unternehmen durch das Marktforschungsinstitut psychonomics im Auftrag des AXA Konzerns. <http://www.pressetext.de/pte.mc?pte=071112019>

17.09.2007

EU-Kommission plant besseren Schutz vor giftigem Spielzeug

Hamburg - Nach einer Serie von Rückrufaktionen will die EU-Kommission den Schutz vor giftigem Spielzeug deutlich verbessern. Die Kommission sei dabei, die Spielzeug-Richtlinie komplett zu überarbeiten, sagte Verbraucherkommissarin Meglena Kuneva der [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=23668>

17.09.07 Ernst Ulrich von Weizsäcker: **"Biotreibstoffe sind der größte Angriff auf die Biodiversität!"**

Osnabrück (ots) - "Biotreibstoffe sind der größte Angriff auf die Biodiversität!" Zu diesem Schluss kam heute Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dekan der Bren School für Umweltwissenschaft und -management an der Universität Kalifornien sowie ehemaliger Präsident des Instituts für Klima, Umwelt, Energie in Wuppertal, auf der Fachtagung "Energie, Ressourcen, Frieden" in der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Osnabrück. Er machte in seinem Vortrag über die Herausforderungen für eine globale Friedenspolitik besonders auf die Gefahren aufmerksam, die von dem Boom der Biotreibstoffe ausgingen.

Originaltext: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/6908>

Web: www.dbu.de

POLITIK - BEHÖRDEN

BUNDESTAG

12.10.2007 **Ökodesign-Richtlinie der EU in deutsches Recht umsetzen**

Wirtschaft und Technologie/Gesetzentwurf

Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf über die "umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte" (16/6651 <<http://dip.bundestag.de/btd/16/066/1606651.pdf>>) vorgelegt, durch den die so genannte Ökodesign-Richtlinie der Europäischen Union in deutsches Recht umgesetzt werden soll. Die Richtlinie zielt darauf ab, den freien Verkehr mit energiebetriebenen Produkten, die bestimmten Anforderungen entsprechen, zu gewährleisten und ihre Umweltauswirkungen zu mindern. Vor allem soll bessere Energieeffizienz dazu beitragen, die Zielvorgaben der EU zur Verringerung von Treibhausgasemissionen zu erreichen. Die Nachfrage nach Elektrizität sei die am schnellsten wachsende Kategorie des Endenergieverbrauchs und werde in den nächsten 20 bis 30 Jahren weitersteigen, wenn keine politischen Maßnahmen dagegen ergriffen werden, schreibt die Bundesregierung. Energieeinsparungen seien die günstigste Art, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und die Abhängigkeit von Einfuhren zu reduzieren. Betroffen vom Gesetzentwurf sind Produkte mit einem EU-weiten Marktvolumen von mehr als 200.000 Stück pro Jahr, mit erheblichen Umweltauswirkungen und einem "hohem Potenzial für eine Verbesserung ihrer Umweltverträglichkeit". Erfasst werden soll der gesamte Lebenszyklus des Produkts, vom Einsatz der Rohstoffe bis zum Recycling oder zur Beseitigung der Geräte. Nach Regierungsangaben können die Vorschriften einen Hersteller verpflichten, die Umweltaspekte eines Produktes umfassend zu analysieren, ein ökologisches Profil zu erstellen und es anhand von Referenzwerten zu bewerten. Verstöße gegen die Vorschriften sollen mit einem Bußgeld geahndet werden. Die Marktaufsicht übernimmt den Plänen zufolge die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung. Die EU-Kommission und die anderen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes müssen dem Entwurf zufolge informiert werden, wenn ein Produkt verboten oder vom Markt genommen wird. Die Wirtschaft solle durch ein Informationsangebot unterstützt werden, das sich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen sowie Kleinstunternehmen richtet.

Bundestag 20.09.2007

Grundlage zur Grenzwerthöhung des Weichmachers BPA erläutern

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/BPI) Wie die Bundesregierung die Grenzwerthöhung des Weichmachers Bisphenol A (BPA) in Verbraucherprodukten durch die Europäische Union auf der Grundlage einer durch die US-Kunststoffindustrie finanzierten Studie bewertet, möchte die Linksfraktion in einer Kleine Anfrage (16/6324 <http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606324.pdf>) klären. Nach Recherchen der "Süddeutschen Zeitung" vom 27. Juni 2007 sei die von der Biologin Rochelle Tyl durchgeführte Studie vom "American Plastic Council", einem Interessenverband der US-Kunststoffindustrie, finanziert worden. Die Studie, deren

Ergebnis keine signifikanten hormonell-östrogenen Wirkungen von BPA im Niedrigdosisbereich nachwies, habe als Grundlage für die Erhöhung des Grenzwertes durch die EU gedient, so die Linksfraktion. Die Bundesregierung soll nun mitteilen, ob ihr die für die Grenzwerterhöhung ausschlaggebende Studie inzwischen vollständig vorliege und wie sie die Tatsache bewerte, dass die Studie durch einen Interessenverband der Kunststoffindustrie finanziert worden sei. Zudem will die Linksfraktion klären, ob die Art der Finanzierung die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Grenzwerterhöhung ändere.

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

12.11.2007

Auch gefühlte Risiken erfordern staatliches Handeln Aus Anlass des 5-jährigen BfR-Jubiläums diskutierten Experten über Fragen der Risikobewertung und des Managements

Auch wenn aus wissenschaftlicher Sicht ein gesundheitliches Risiko bei Lebensmitteln oder Produkten klein ist, kann der Staat zum Handeln gezwungen sein, weil das Risiko in der Öffentlichkeit als groß empfunden wird. Darüber waren sich die rund 200 Teilnehmer an einer Veranstaltung einig, zu der das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) aus Anlass seines 5-jährigen Bestehens nach Berlin geladen hatte. „Rechtfertigen gefühlte Risiken staatliches Handeln?“ war die Frage, die es zu beantworten galt. Die Antwort der Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen war eindeutig: Die Politik muss bei ihren Entscheidungen neben den rein wissenschaftlichen Erkenntnissen über das Ausmaß eines gesundheitlichen Risikos auch andere Schutzbereiche und Rechtsgüter wie wirtschaftliche Interessen, Vertrauensverlust in die Institutionen und, wenn auch aus wissenschaftlicher Sicht unbegründete, so doch reale Ängste der Bevölkerung berücksichtigen. „Nahezu jedes gefühlte gesundheitliche Risiko kann sehr schnell zu einem tatsächlichen Risiko werden“, gab BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel in seiner Begrüßungsrede zu bedenken. „Neben der wissenschaftlichen Bewertung von Risiken und daraus abgeleiteten Maßnahmen muss deshalb die offene und verständliche Risikokommunikation die dritte Säule beim Umgang mit Risiken sein.“ Ganz bewusst habe daher der Gesetzgeber neben der unabhängigen wissenschaftlichen Bewertung von Risiken auch die unabhängige Kommunikation der Ergebnisse in den Aufgabenkatalog des Bundesinstituts für Risikobewertung geschrieben.

Aus wissenschaftlicher Sicht beschreibt ein Risiko die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Schadens, die maßgeblich von Schadenspotenzial und Exposition abhängig ist. Gefühlte Risiken entstehen hingegen, weil Menschen die auf Mathematik und Statistik beruhenden Ergebnisse einer wissenschaftlichen Risikoabschätzung nicht oder falsch verstehen, weil es offensichtlich nicht gelungen ist, sie klar, verständlich und trotzdem differenziert zu kommunizieren. Zugleich leben Menschen in der Illusion, dass bei entsprechendem technologischem und administrativem Aufwand Risiken und damit Unsicherheiten beseitigt werden können. Beides begründet Ängste vor Risiken, die aus wissenschaftlicher Sicht sehr klein oder zu vernachlässigen sind. Das durch den Angstfaktor potenzierte gefühlte Risiko kann im Extremfall selbst zu einem Verhalten führen, das die Gesundheit gefährdet.

So ist beispielsweise das gefühlte Risiko bei Rückständen von Pestiziden in Lebensmitteln bei deutschen Verbrauchern groß. Selbst wenn gesetzliche Rückstandshöchstmengen eingehalten werden, befürchten viele Menschen gesundheitliche Schäden, wenn sie solche Lebensmittel verzehren. Aus wissenschaftlicher Sicht ist hingegen selbst bei sporadischen Überschreitungen der Höchstmengen kein gesundheitliches Risiko erkennbar. Wird dagegen auf bestimmte Pflanzenschutzmittel wie zum Beispiel auf Fungizide beim Anbau von Getreide verzichtet, können durch Pilzbefall Schimmelpilzgifte ins Korn gelangen. Von diesen Pilzgiften ist bekannt, dass sie Krebs auslösen. Aus wissenschaftlicher Sicht sind daher Getreideprodukte aus pestizidfreiem Anbau wegen der möglichen Belastung mit diesen Giften keineswegs automatisch frei von gesundheitlichen Risiken. Viele Verbraucher empfinden sie aber dennoch als sicher.

Gefühlte, also nicht wissenschaftlich begründete Risiken gehören zum gesellschaftlichen Leben und prägen das Verhalten der Menschen im Alltag. Für die Politik sind sie real und dürfen nicht ignoriert

werden. Um Krisen zu vermeiden, ist deshalb auch bei einem gefühlten Risiko staatliches Handeln nötig. Eine offene und verständliche Risikokommunikation, welche die Position der Wissenschaft auf der einen und die Positionen der verschiedenen Stakeholder auf der anderen Seite in die Diskussion eines Risikos einbezieht, ist hierbei von zentraler Bedeutung. Wichtig ist, dass neben den wissenschaftlichen Erkenntnissen, die einer Risikoabschätzung zugrunde liegen, auch die Kenntnislücken und Unsicherheiten in der Interpretation wissenschaftlicher Daten offengelegt werden. Dies war in der Vergangenheit, zum Beispiel beim Umgang mit BSE, nicht immer der Fall und hat zum Vertrauensverlust in die Institutionen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes geführt. Das BfR möchte die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. „Durch unsere Abteilung Risikokommunikation, in der wir sozialwissenschaftliches Know How mit naturwissenschaftlichem Wissen verknüpfen, wollen wir einen offenen und Vertrauen stiftenden Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen gestalten“, erläuterte BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel auf der BfR-Jubiläumsveranstaltung. „Kommunikationsinstrumente wie die BfR-Verbraucherkonferenzen und Stakeholderforen zu Themen wie möglichen Risiken der Nanotechnologie und natürlicher Pflanzeninhaltsstoffe in Lebensmitteln helfen dabei, gefühlte Risiken auf ihren rationalen, das heißt wissenschaftlich begründbaren Kern zurückzuführen.“

Über diese Stakeholderveranstaltung hinaus feierte das BfR sein 5-jähriges Bestehen am 8. November 2007 mit einem Wissenschaftstag und am 9. November 2007 gemeinsam mit rund 200 Schülern aus Berliner Gymnasien. Sie diskutierten mit Experten des Bundesinstituts, des Berliner Senats und der amtlichen Lebensmittelüberwachung darüber, was gesundheitlicher Verbraucherschutz eigentlich ist und wie die Wissenschaft Verbraucher schützen kann.

<http://www.bfr.bund.de/cd/10261>

Anmerkungen Scherrmann:

Ich vermute, dass diese Veröffentlichung von grosser Tragweite sein wird.

Meiner Einschätzung nach schafft sie u. a. die offizielle Steilvorlage, um tatsächlich gefühlte Reaktionen in eingelebte Risiken umdeklarieren zu können.

Ich habe vor, demnächst einen Sondernewsletter zu dieser Presseveröffentlichung zu senden und darin u. a. etwas näher zu beschreiben,

- warum der dieser PR zugrunde liegende Wissenschaftsbegriff unwissenschaftlich ist
- wie das hier vorgegebene staatliche Handeln, die staatliche Risikobewertung die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schädigen kann
- warum das BfR keine "unabhängige wissenschaftliche Bewertung von Risiken" gewährleistet, sondern ganz im Gegenteil, dass die Bewertung – bedingt durch vielerlei Faktoren – vorrangig industriefreundlich ist
- warum nach dieser Veröffentlichung den Bürgerinnen und Bürgern ganz klar sein sollte, dass ein Vertrauen in die Risikobewertung dieses Bundesinstitut eben **nicht** gerechtfertigt ist.

=====

UBA

27.09.2007

Wie steht es um die Umwelt in Deutschland?

Aktualisierte Indikatoren ab sofort online verfügbar

Wussten Sie, dass die Apfelblüte in Deutschland wegen des Klimawandels pro Jahrzehnt um fünf Tage eher einsetzt? Oder dass der Primärenergieverbrauch im Jahr 2005 so hoch war, dass ein mit Kohle beladener Zug 400.000 Kilometer lang sein müsste, um diesen Energiebedarf zu decken? Eine Strecke, die fast zehn Mal um die Erde reicht. Diese und viele andere Informationen finden sich ab sofort im aktualisierten Umweltkernindikatorensystem des Umweltbundesamtes (UBA). Das Internet-Angebot enthält eine Liste mit 50 Umweltindikatoren – etwa zu den Themen „Klimaänderungen“ sowie „Umwelt und Gesundheit“. Diese Indikatoren liefern einen schnellen und aktuellen Überblick über die Umweltsituation in Deutschland. Sie zeigen, wo Umweltpolitik erfolgreich ist und wo noch mehr zu tun ist.

Die „Umweltindikatoren Deutschland“ bilden ein vernetztes System kurzgefasster Umweltinformationen in den vier Themenbereichen des 6. Umweltaktionsprogramms der EU: Klimaschutz, Biologische Vielfalt,

Gesundheit und Ressourcenschonung. Die Umweltsituation in Deutschland lässt sich so mit der in anderen EU-Staaten vergleichen.

Umweltindikatoren beschreiben den Zustand der Umwelt, positive wie negative Trends und zeigen die Entwicklung beim Erreichen der Umweltschutzziele auf, die sich die Bundesregierung setzte. Ohne Umweltindikatoren gäbe es keine Erfolgskontrolle der Umweltpolitik.

Mit Hilfe des Indikatoren-Systems lassen sich auch so genannte Ursache-Wirkungsbeziehungen nachvollziehen. Einige Indikatoren machen beispielsweise Klimaänderungen sichtbar: Mit einer steigenden Konzentration des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre erhöhte sich die durchschnittliche Tagesmitteltemperatur langsam, aber stetig – von 1901 bis 2005 um etwa 0,8 Grad Celsius. Eine der Wirkungen, die in Deutschland eintrat: Der Beginn der Apfelblüte setzt pro Jahrzehnt um rund fünf Tage früher ein.

Das Umweltbundesamt veröffentlicht die aktuellen „Umweltindikatoren Deutschland“ zusammen mit anderen Behörden – etwa den Bundesämtern für Naturschutz sowie Strahlenschutz, dem Statistischen Bundesamt und dem Deutschen Wetterdienst – als Teil des UBA-Internetangebotes „Umwelt Deutschland“.

Interessierte finden im aktualisierten Online-Angebot auch Antworten auf Fragen, die über die Kernaussagen hinaus gehen – so zum Beispiel Möglichkeiten zum nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen – etwa Energie oder Fläche – sowie zur Minderung der Schadstoffbelastung der Luft und des Grundwassers.

Die Umweltindikatoren Deutschland finden Sie im Internet unter www.env-it.de/umweltdaten oder unter www.umweltbundesamt.de („Umwelt Deutschland“).

Internet: www.umweltbundesamt.de

=====

Ende des newsletter/d/111

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert.

Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt